

Nach der Abstimmung über die STAF-Vorlage vom 19. Mai 2019

Ohne radikale Umkehr in der Steuerpolitik verlieren alle

Von Hans Baumann, Romeo Rey, Johannes Wickli und Werner Kallenberger

Die Stimmenden haben am 19.5.2019 die Reform der Unternehmensbesteuerung (STAF) deutlich angenommen. Damit sind zwar einige international geächtete Steuerprivilegien vom Tisch. Allerdings werden sie ersetzt durch neue Steuervermeidungs-Konstrukte und durch orchestrierte Senkungen der kantonalen Gewinnsteuersätze. Damit setzt die Schweiz ihre Politik als Steuerdumping-Standort fort, und sie schmälert die hiesigen Steuereinnahmen.

Die Unternehmenssteuersätze sind weltweit ungebrochen am Sinken. Die Gewinnsteuersätze, die in den 1980er Jahren im OECD-Durchschnitt noch gegen 50 Prozent betragen, haben sich fast halbiert. Die Schweiz machte bei diesem Steuerwettbewerb bereits in den letzten Jahren fleissig mit. Dabei haben sich die effektiv bezahlten Steuern immer mehr von den statutarischen (d.h. in den Steuergesetzen festgelegten) Steuersätzen entfernt (siehe Grafik auf der nächsten Seite).

In der Schweiz geschah dies seit 1998 vor allem wegen der Einführung der Steuerprivilegien für Holdingfirmen und ähnliche Gesellschaften. Solche oder andere Steuerergünstigungen gibt es allerdings auch in anderen Ländern.

Die Senkung der Unternehmenssteuern lässt sich auch an der Entwicklung der in der Schweiz anfallenden Gewinne, wie sie gegenüber den Steuerbehörden deklariert werden, und dem daraus resultierenden Steuerertrag zeigen. So entwickelten sich die Unternehmensgewinne seit 1990 rasant, nämlich von weniger als 50

Milliarden auf fast 400 Milliarden Franken im Jahr 2015. Das ist eine Verachtfachung. Zieht man davon die Beteiligungsgewinne ab, die nicht versteuert werden müssen, da sie in einem anderen Kanton oder Staat hätten versteuert werden sollen (was aber nicht immer der Fall ist...), kommt man immer noch auf eine Steigerung von 25 auf 130 Milliarden, das ist über fünf Mal mehr.

Demgegenüber haben die Steuereinnahmen von Bund, Kanton und Gemeinden nur von gut 7 auf 21 Milliarden zugenommen. Die effektiven Steuersätze sanken damit von fast 30 auf etwa 16 Prozent, bzw. 5.5 Prozent unter Einbezug der Beteiligungsgewinne. Dies ist zum Teil auf die Senkung der allgemeinen Steuersätze in den Kantonen und zu einem grossen Teil auf die Einführung der Privilegien für Statusgesellschaften in der Unternehmenssteuerreform I (USR) zurückzuführen. Letzteres ist auch die Ursache für die grosse Differenz, die zwischen den Reingewinnen ohne und den Reingewinnen mit Beteiligungen entstanden ist. 1990 erreichten die Beteiligungsgewinne erst einen Drittel der Gesamtgewinne. Im

Jahr 2000 waren sie bereits gleich hoch wie die Gewinne ohne Beteiligungen. Und im Jahr 2015 waren die Beteiligungsgewinne, also die Gewinne, die steuerfrei sind, schon beinahe drei Mal höher.

Nach der Annahme der STAF-Vorlage am 19. Mai fällt das Holdingprivileg und somit die faktische Nullbesteuerung von Statusgesellschaften in den Kantonen. Das wird von EU/OECD als eine Schwächung der Steueroase Schweiz befriedigt zur Kenntnis genommen und die Schweiz verschwindet vorläufig von der «grauen» Liste der Steueroasen der OECD. Es werden jedoch neue Steuerkonstrukte eingeführt, die dazu dienen sollen, die «Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz als Unternehmensstandort» aufrecht zu erhalten. Diese unterscheiden sich in der STAF-Version nur durch geringe Verbesserungen von der USR III-Vorlage, die vom Volk im Februar 2017 deutlich abgelehnt worden war. Diese Ablehnung war ein grosser Erfolg der Linken, zustande gekommen trotz einer Vernebelungstaktik eines Heeres von Steueroptimierungsexpert*innen und der Tatsache,

dass die Befürwortenden der Reform rund 20 Mal mehr Mittel für den Abstimmungskampf zur Verfügung hatten. Eigentlich wäre das eine gute Grundlage für einen Neuanfang in der Steuerpolitik gewesen. Man mag gegenüber der Abstimmungsvorlage zur neuen kombinierten Steuer-AHV-Vorlage STAF stehen wie man will: Es ist sicherlich nicht gelungen, bei der neuen Vorlage Pflöcke in Richtung einer gerechteren Unternehmensbesteuerung und weniger Steuerwettbewerb einzuschlagen.

Der verschärfte Steuerwettbewerb bedroht den Wohlstand

Wir halten fest, dass die Unternehmen dank verschiedenen Steuervorlagen, die von den bürgerlichen Parteien mit massiver politischer und finanzieller Unterstützung der mächtigsten Wirtschaftsverbände an den Urnen durchgeboxt wurden, in den letzten Jahren Dutzende Milliarden an Steuern gespart haben. Während die Gewinne von Firmen und Banken massiv zunahmen, stiegen die entsprechenden Fiskaleinnahmen des Bundes sowie zahlreicher Kantone und Gemeinden

viel weniger. Da in den meisten Kantonen auch die Steuern natürlicher Personen gesenkt wurden, gerieten einige öffentliche Körperschaften in finanzielle Engpässe. Dadurch wird die Finanzierung von sozialstaatlichen Instanzen, die von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als legitime Errungenschaften zugunsten des Gemeinwohls verstanden werden, langfristig unterhöhlt.

Durch die tiefen Steuersätze war die Schweiz auch eines derjenigen Länder, die Steuersubstrat von anderen Staaten abzogen und multinationalen Unternehmen erlaubten, ihre Gewinne durch «Transfer Pricing» und andere Machenschaften in steuergünstige Regionen zu verschieben, um die Steuern zu minimieren. Das Denknetz hat ausgerechnet, dass anderen Ländern durch die Tiefsteuerpolitik der Schweiz alleine im Bereich der Unternehmenssteuern jährlich 30-40 Milliarden Franken an Steuergeldern verloren gehen.

Gleichzeitig hat die OECD beträchtliche Anstrengungen zu einer gerechteren weltweiten Besteuerung der Unternehmen unternommen. Trotzdem sind die effektiven Steuersätze unter dem stetigen Druck der betreffenden Lobbys

in den meisten Ländern weiter gesunken. Diese Abwärtsspirale wird in der Schweiz durch das Prinzip der Steuerhoheit der Kantone und dem daraus folgenden binnenschweizerischen Steuerwettbewerb beschleunigt und vertieft. Dies betrifft nicht nur die Unternehmenssteuern: Auch bei den Einkommenssteuern ist insgesamt eine fallende Tendenz zu beobachten. Die Erbschaftssteuer, die in sozialer Hinsicht logischste Steuer, die Reichtum ohne Leistung zu Recht belastet, ist mittels Initiativen aus konservativen Kreisen mittlerweile fast in allen Kantonen abgeschafft worden. Die Vermögenssteuer bringt dem Fiskus bei erheblichem Aufwand wegen der gegenwärtig geltenden Ansätze nur relativ geringe Erträge ein.

Sozialpolitische Massnahmen und Klimawende erfordern grundlegende Umorientierung

Genügend Steuereinnahmen sind unerlässlich, damit der Staat einen adäquaten Service Public aufrechterhalten kann. Die Steuerpolitik ist aber auch ein mächtvolles Instrument zur Gestaltung der sozialen Verhältnisse. Steuern dienen im Allgemeinen dazu, bestimmte Verhaltensweisen bei Verbrauchern (das sind wir alle), Kapitaleignern und Anlegern (das

sind wir nicht alle) zu fördern, zu hemmen oder zu verhindern und damit sowohl die wirtschaftliche Konjunktur als auch strukturelle Veränderungen zu steuern. Steuern sind auch ein wirksames Mittel zur Rückverteilung, also einer gerechteren Verteilung von Einkommen und Vermögen und zu mehr Ausgleich zwischen Reich und Arm.

Dabei werden heute nicht weniger, sondern viel mehr öffentliche Mittel benötigt, um die grossen gesellschaftlichen Probleme, wie die Klimakatastrophe, die soziale Frage und die Finanzierung des Care-Sektors zu bewältigen. Zudem sind selbst in der Schweiz in den letzten Jahren immer weniger öffentliche Neuinvestitionen in die Infrastruktur getätigt worden. Auch der IWF hat in seinem jüngsten Bericht empfohlen, die öffentlichen Investitionen in der Schweiz zu erhöhen anstatt die Steuern zu senken. Allein für die Klimawende müssen gemäss unseren Schätzungen von Bund, Kanton und Gemeinden in nächster Zukunft jährlich rund 20 Milliarden Franken aufgewendet werden. Hinzu kommen für die sozialen Reformen wie Erneuerung BVG, Sicherung AHV,

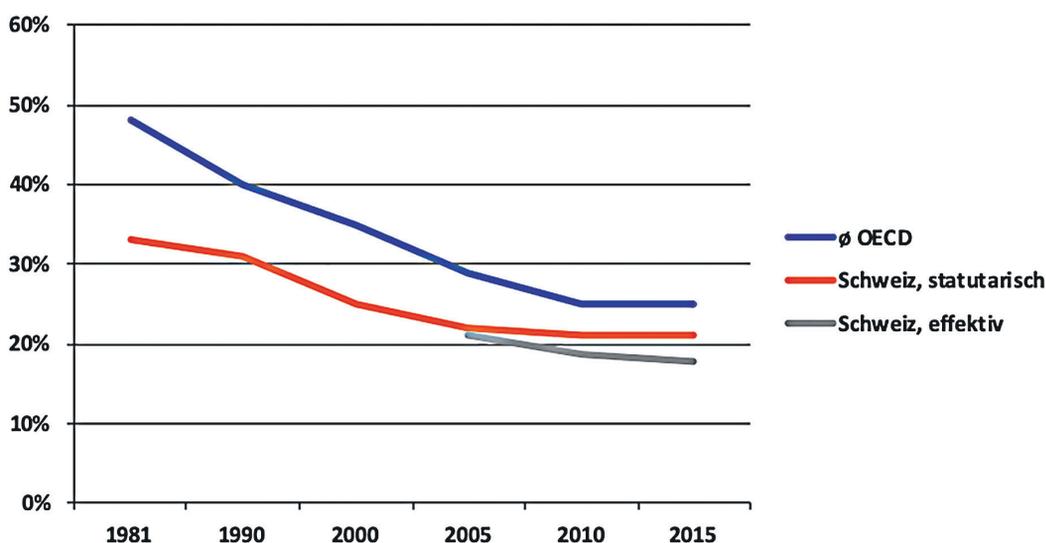
Langzeitpflege, Elternurlaub etc. weitere 30 Milliarden.

Ohne ein radikales Reformprogramm lassen sich die grossen gesellschaftlichen Aufgaben, wie die Finanzierung und Humanisierung des Caresektors, die ökologische Umorientierung mit massiver Förderung erneuerbarer Energiequellen, der Abbau der extremen sozialen Ungleichheit und die Stärkung globaler Gerechtigkeit im Austausch zwischen den Nationen jedenfalls nicht bewältigen. Die riesigen Gewinne der Grosskonzerne, die heute gebunkert, für Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten oder für gesellschaftlich fragwürdige Investitionen verwendet werden, müssen umgelenkt und für die Bewältigung der sozialen und ökologischen Krisen eingesetzt werden. Wenn man gleichzeitig mühsam erkämpfte soziale Errungenschaften bewahren und eine grössere Verschuldung der öffentlichen Hand vermeiden will, muss dies unter anderem mit einer radikalen Umkehr in der Steuerpolitik geschehen. Dabei ist die zentrale Frage nicht die, ob die Steuern erhöht werden sollen oder nicht, sondern die viel wichtigere, auf wessen Kosten der extrem einseitig verteilte Reichtum aus Gründen elementarer Gerechtigkeit steuerpolitisch rückverteilt wird.

Last but not least muss die Schweiz so rasch wie möglich gezwungen werden, ihre Politik als Promotorin des internationalen Steuerdumping-Wettbewerbs aufzugeben. Sie schwächt damit die Steuerbasis in anderen Ländern, in denen knappe öffentliche Finanzmittel oft ein noch viel grösseres Problem darstellen als in der Schweiz.

Ein ausführlicher Text mit vielen konkreten Vorschlägen für eine steuerpolitische Wende findet sich unter: http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2019/10/steuerpolitik_umkehr.pdf

Abwärts-Wettlauf bei den Steuern Gewinnsteuersatz ordentlich besteueter Unternehmen in %



Quellen: OECD, KPMG, UBS. Zahlen Schweiz = Durchschnitt aller Kantone